

„Mär müssen nach eng Schëpp bäileeën“

PRO-SUD Partnergemeinden zur Kulturhauptstadt 2022 sollen bereits 2017 einzahlen

Luc Laboulle

Die Kulturhauptstadt 2022 stand im Mittelpunkt der ersten Vorstandssitzung des interkommunalen Syndikats Pro-Sud, die gestern auf Belval abgehalten wurde. Aus dem Bericht der Jury der Europäischen Union geht hervor, dass die Südregion sich noch weiter anstrengen muss, um ihre Kandidatur zu verbessern. Erste konkrete Maßnahmen sollen nun folgen.

BELVAL Mitte Juni dieses Jahres musste die Stadt Esch ihre Kandidatur als Europäische Kulturhauptstadt 2022 vor einer internationalen Jury der Europäischen Union verteidigen. Die Jury hatte entschieden, die Kandidatur vorerst anzunehmen, wollte der Stadt Esch wegen der kurzen Vorbereitungszeit aber noch mehr Zeit lassen, um ihre Kandidatur zu überarbeiten. Eine definitive Entscheidung wird im September 2017 getroffen.

Touristische Infrastruktur

In ihrem detaillierten Vorauswahlbericht kritisierte die internationale Jury der Europäischen Union, dass in der Kandidatur der Stadt Esch und der Südregion als Europäische Kulturhauptstadt 2022 keine Strategie zu erkennen und das gewählte Thema der Liebe zu abstrakt sei. Es sei wünschenswert, dass das Motiv der Migration und des interkulturellen Zusammenlebens, das in Luxemburg eine wichtige Rolle spielt, stärker in den Vordergrund gerückt werde. Ferner bemängelte die Jury, dass die touris-

tische Infrastruktur im Süden Luxemburgs nicht ausreichen würden, um ein solches Großereignis zu veranstalten.

„Mär müssen nach eng Schëpp bäileeën“, forderte Ralph Waltmans, Leiter der Vereinigung Esch 2022, gestern in der Pro-Sud-Sitzung. Als erste kurzfristige Maßnahme sollen noch in diesem Monat ein „Coordinateur général“ und ein „Directeur artistique“ eingestellt werden, die das Projekt Esch 2022 vorantreiben und vor allem die Kunstprojekte konkretisieren sollen. Die Auswahlgespräche finden bereits am kommenden Freitag statt.

Kulturstrategie ausarbeiten

Die 150.000 Euro, die für die Bezahlung dieser beiden neuen Mitarbeiter anfallen, waren jedoch im Budget nicht vorgesehen. Deshalb forderte Waltmans die beteiligten Pro-Sud-Gemeinden dazu auf, bereits 2017 die ersten finanziellen Beteiligungen einzuzahlen, damit die Stadt Esch nicht alles alleine bezahlen muss. Ursprünglich sollte die Beteiligung der Partnergemeinden erst 2018 beginnen. Der jeweilige Betrag, den die Gemeinden beisteuern sollen, wird nach der Anzahl ihrer Einwohner berechnet.

Jede Partnergemeinde müsse das Dossier Kulturhauptstadt 2022 jetzt prioritär behandeln, forderte Waltmans. Der Süden müsse eine Vorreiterrolle für die Entwicklung einer Kulturstrategie übernehmen, die die Jury übrigens nicht nur in der Südregion, sondern in ganz Luxemburg vermisste. Bis September 2017 sei es zwar nicht möglich, eine komplette Strategie auszuarbeiten,

aber man müsse das Beste geben. „Die Latte liegt hoch“, betonte Waltmans, der erklärte, dass Esch und die Südregion sich nun mit großen europäischen Städten mit viel mehr Einwohnern messen müsse.

Die gestern anwesenden Vertreter der jeweiligen Gemeinden zeigten sich mit dem Vorschlag, bereits 2017 mit den Einzahlungen zu beginnen, einverstanden. Der Rümelinger Bürgermeister Henri Haine schlug vor, das prinzipielle Einverständnis, das zur Finanzierung des Kulturhauptstadt getroffen wurde, jetzt zum Abschluss zu bringen. Nicht anwesend waren die Pro-Sud-Vertreter aus Bettemburg, Kayl und Käerjeng. Die beiden letzten Gemeinden hatten schon vor Monaten verkündet, sich nicht an der Kandidatur beteiligen zu wollen.



Foto: Luc Laboulle

Die viel befahrene rue de Neudorf in Esch, in der häufig Schulkinder unterwegs sind, könnte bald zur Tempo-30-Zone werden

Parkplätze und Fahrradwege

Ein wichtiges Thema in der Südregion ist die Mobilität. Insbesondere durch die Nähe zur Grenze nach Lothringen ist das Verkehrsaufkommen in vielen Südgemeinden sehr hoch. Der Rümelinger Bürgermeister Henri Haine forderte vom Staat mehr finanzielle Unterstützung zum Bau von Auffangparkplätzen für Grenzgänger an Bahnhöfen. Der Escher Verkehrsschöffe Henri Hinterscheid begrüßte die kürzlich getroffene Entscheidung der Regierung, dass künftig auch auf Nationalstra-

ßen Tempo-30-Zonen eingeführt werden können. Die Gemeinden müssten sich mit der Straßenbauverwaltung zusammensetzen, um zu prüfen, wo solche verkehrsberuhigte Zonen entstehen könnten, so Hinterscheid. In Esch könnte sich die rue de Neudorf dazu eignen, meinte der Schöffe. Sowohl Hinterscheid als auch der Differdinger Schöffe Erny Muller kritisierten die Politik der Regierung im Zusammenhang mit dem Bau des nationalen Radwegenetzes. Muller forderte einen Zeitplan, damit die

Gemeinden Bescheid wüssten, wann ein Radweg wo gebaut werde. Hinterscheid bemängelte, dass die Straßenbauverwaltung häufig die Fahrradwegesperre, um Bauarbeiten durchzuführen oder Schilder und Material darauf abzustellen. Die Monnericher Schöffin Danielle Becker-Bauer setzte sich hingegen für den Erhalt von Parkplätzen in den Ortszentren und insbesondere in den derzeit so beliebten Shared-Space-Zonen ein. Nur so könnten die kleinen innerstädtischen Geschäfte erhalten bleiben.

**FEED
YOUR
BRAIN
NOW**

7th November 2016

“SHOULD THE EU BE THE NEXT US?”

Watch the first #FeedYourBrainNow debate live

University of Luxembourg | Campus Belval

BELLY FOOD 12 PM | BRAIN FOOD 12.30 PM

FREE ENTRY

